



**Gewerkschaft
der Polizei**
Baden-Württemberg

Digit@1

02/2022

15.02.2022

*„Alexander und Yasmin.
Euer Tod war sinnlos.“*

*Gundram Lottmann
GdP Landesvorsitzender*



BW 76189

Kennzeichnungspflicht

Wir wollten das nie

Kennzeichnungspflicht

Wir wollten das nie

Nun ist sie da und wird bald eingeführt: DIE KENNZEICHNUNGSPFLICHT.

Im Koalitionsvertrag der Landesregierung hat man auf Drängen der GRÜNEN es festgeschrieben und vereinbart, eine „anonymisierte Kennzeichnung“, einzuführen. So steht es im Koalitionsvertrag:

[...] Um das Vertrauen zwischen Bürgerschaft und Polizei weiter zu stärken, führen wir eine anonymisierte Kennzeichnung für geschlossene Einheiten der Polizei ein, die in Großlagen eingesetzt werden. [...]

Das Projekt wird derzeit im Referat 31 des IM BW auf den Weg gebracht. In anderen Ländern schafft man sie wieder ab z.B. in NRW. Dort wurde sie am 24. Oktober 2017 eingeführt. Seit Dezember 2016 galt die Kennzeichnungspflicht beim Einsatz der Bereitschaftspolizei und Alarminheiten. Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte, die individualisierte Kennzeichnung sei **völlig überflüssig** und **Ausdruck von Misstrauen** gegenüber den Polizistinnen und Polizisten. **Die Polizei brauche „Rückhalt statt Stigmatisierung“**. Denn die Zahl der Übergriffe auf Polizisten ist seit 2016 ständig gestiegen. Da können wir nur zustimmen, weil die GdP immer gegen eine Kennzeichnungspflicht Position bezogen hat.

Entwicklung



Wir weisen nochmals daraufhin, dass die Gewerkschaft der Polizei - Bundesvorstand - sowie alle Landesorganisationen und insbesondere Baden-Württemberg, die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ablehnt und das auch in Zukunft. Dies war und wird auch immer unsere Forderung sein! Am 30.07.2014 fand in Bruchsal eine gemeinsame Veranstaltung der Deutschen Polizeigewerkschaft und der Gewerkschaft der Polizei unter dem Titel „**NEIN zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten in geschlossenen Einsätzen**“ statt. Wir wurden auch nie vom Innenministerium zu einer Sitzung zum Thema, in den letzten 2 Jahren, eingeladen.

Für uns ist die Kennzeichnung von Polizisten eine Vorverurteilung der gesamten Polizei des Landes. Auch der Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag Hans-Ulrich Rülke spricht Klartext. „**Die Einführung der Kennzeichnungspflicht ist eine Misstrauenserklärung gegenüber den Landespolizisten.**“

Darum Respekt an den NRW Innenminister Herbert Reul (CDU), der in seinem Bundesland die Kennzeichnungspflicht abschaffte.

Pressemeldung GdP Rheinland-Pfalz

Mord an Yasmin und Alexander

Ein Kommentar von Sabrina Kunz (Landesvorsitzende der GdP Rheinland-Pfalz)

Beeindruckt von einer Berichterstattung bei WELT.de vom 05. Februar 2022

(<https://www.welt.de/politik/deutschland/article236680193/Herbert-Reul-Schluss-mit-der-Herrenreiter-Attituede-gegenueber-Polizei.html>) unter der Überschrift "Politik muss ihre moralische Herrenreiter-Attitüde gegenüber der Polizei ablegen" formulierte Landeschefin Sabrina Kunz auf ihrem persönlichen Facebook-Profil einen Kommentar, der scheinbar durch viele Kolleginnen und Kollegen ähnlich empfunden wird. Aus diesem Grund möchten wir Ihnen diesen nicht vorenthalten:

"Diese Berichterstattung spricht mir aus dem Herzen. Seit weit mehr als 12 Jahren beklagen wir im ganzen Bundesgebiet - aber insbesondere auch in Rheinland-Pfalz - die Zunahme von Gewalt, Respektlosigkeit und Diffamierungen unserem Berufsstand gegenüber. Dabei haben sich Hemmschwellen verschoben. Dass diese schrecklichen Morde an Yasmin und Alex passieren mussten, um die Gesellschaft endlich aufzurütteln, macht mich so unendlich traurig und betroffen. Die Anteilnahme ist wichtig und wir sind dafür auch sehr dankbar. Dabei alleine darf es aber nicht bleiben.

Wenn sich nur ein Polizist oder eine Polizistin scheinbar oder tatsächlich in der Wahrnehmung von Einzelnen, Medien oder Politikerinnen und Politikern falsch verhält, springen alle, die meinen was sagen zu können, darauf und alle Polizeibeschäftigte werden durch die Mangel genommen: Rufe nach Beschwerdestellen, Kennzeichnungspflichten, Antidiskriminierungsstellen etc. werden laut.

Dass wir seit deutlich mehr als einem Jahrzehnt den mahnenden Finger zu dem Zustand unserer Gesellschaft heben, weil wir dies alltäglich im Dienst live erleben, führt immer erst sehr spät zu einem Aufschrei. Das ist nur schwer zu verstehen und das frustriert viele von uns.

Wir brauchen wieder einen gesellschaftlichen Rückenwind, welcher dem Staat - und demzufolge insbesondere der Polizei - wieder mehr Wertschätzung, Anerkennung und Respekt verschafft. Einen Rückenwind, der stärkt. Die Kultur des ständigen Hinterfragens staatlichen und polizeilichen Tuns muss ein Ende haben. Wir sind eine Bürgerpolizei, welche die Gesellschaft und die Menschen schützt und durchgreift, wenn es sein muss, weil es anders nicht mehr geht. Und das wollen wir auch bleiben. Wir sind weder eine Bedrohung, noch eine Gefahr.

Wir brauchen einen starken und stolzen Staat, der Probleme nicht nur ernsthaft benennt, sondern auch gemeinschaftlich an Lösungen arbeitet.

Hierzu gehört es auch, die Welt realistisch und nicht „blumisch“ zu sehen. Wir sind als Polizei rund um die Uhr und nachts dort, wo sich unser gesellschaftlicher Bodensatz abspielt. Momente, in denen wir Abgründe, Not und Elend erleben und all das, von dem viele Menschen glauben, dass es das doch gar nicht geben kann.

Wir brauchen einen Staat, der sich zu wehren weiß, der all dies nicht duldet und sich auch mit aller Konsequenz durchsetzt. Dass der Mann (Täter), der aus Idar-Oberstein kommt und zu Straftaten und Morden an Polizistinnen und Polizisten aufruft, wegen eines fehlenden Haftgrundes wieder auf „freien Fuß“ muss, zeigt die systemischen Schwächen auf, die es anzupacken gilt. Das gilt auch für das zu erwartende Strafmaß.

Dies erfordert auch eine vollumfängliche Stärkung der Justiz und eine ernstgemeinte Diskussion über den Zustand unseres Rechtsstaates in Gänze."

Polizeistiftung des Landes-Rheinland-Pfalz

Polizeistiftung des Landes Rheinland-Pfalz

Presseverteiler

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom



Mainz, 01. Februar 2022

Unterstützung der Polizeistiftungen in Sachen Tötungsdelikt zum Nachteil einer Kollegin und eines Kollegen aus Rheinland-Pfalz

Polizeistiftung des
Landes Rheinland-
Pfalz
Schillerstr. 9
55116 Mainz

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir sind tief getroffen von dem Tötungsdelikt in den Morgenstunden des 31. Januar 2022. Die Trauer, die Betroffenheit und auch die Anteilnahme sitzen – nicht nur in der Polizei Rheinland-Pfalz – sehr tief. Dass wir innerhalb weniger Minuten eine so junge Kollegin und einen so jungen Kollegen im Rahmen Ihrer Dienstausbung verlieren, macht uns alle sprachlos.

Aus diesem aktuellen Anlass nehmen wir Spenden für die Familien und Angehörigen der getöteten Kollegin und des getöteten Kollegen an.

Mit den eingehenden Spenden wollen wir aber auch all denjenigen Kolleginnen und Kollegen bei der Trauerbewältigung helfen, welche unmittelbar ins Geschehen eingebunden waren bzw. mit der Kollegin und dem Kollegen im täglichen Alltag Dienst verrichtet haben.

Sollten Sie ihre Spende an Polizeistiftung Rheinland-Pfalz richten wollen, so nutzen Sie bitte den Verwendungszweck „Kusel – zwei von uns“ und folgende Bankverbindung:

Polizeistiftung Rheinland-Pfalz
Sparda Bank Südwest
IBAN: DE15 5509 0500 0001 9899 79

1. Vorsitzende
Sabrina Kunz
Vorsitzende des
Hauptpersonalrats der
Polizei Rheinland-Pfalz

2. Vorsitzender
Dr. Dieter Keip
Ministerium des Innern und
für den Sport,
Abteilungsleiter Polizei

Beisitzer
Jürgen Schmitt
Inspekteur der Polizei des
Landes Rheinland-Pfalz

Rene Klemmer
Hauptpersonalrat der Polizei
des Landes Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:

Polizeistiftung
Rheinland-Pfalz
c/o Jochen Capalo
Polizeipräsidium Mainz
Valenciaplatz 2
55118 Mainz

Polizeistiftung-
rp@polizei.rlp.de

Wir danken Ihnen für die solidarische Unterstützung und Ihre Anteilnahme.

Mit freundlichen

Sabrina Kunz
Vorsitzende

Spendenkonto
Sparda Bank
Südwest e.G.
IBAN: DE15 550 905
000 001 989 979

PRESEMELDUNG:**Gewerkschaft der Polizei und Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg etablieren Anlaufstelle für Betroffene von sexueller Gewalt innerhalb der Polizei**

Vor dem Hintergrund der aktuellen Vorwürfe von sexueller Gewalt innerhalb der Landespolizei Baden-Württemberg starten die Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg und die Gewerkschaft der Polizei eine intensive Zusammenarbeit: Ab sofort steht eine kooperierte Anlaufstelle für Betroffene zur Verfügung, die ein niederschwellig erreichbares Hilfsangebot für alle Beschäftigten der Polizei Baden-Württemberg bietet, die sich mit sexueller Gewalt oder sexueller Belästigung konfrontiert sehen.

Eberdingen/Stuttgart – Die GdP und die Bürgerbeauftragte sind sich einig: Mögliche Fälle von sexueller Gewalt und sexueller Belästigung innerhalb der Landespolizei müssen rückhaltlos aufgeklärt werden. Betroffene benötigen niederschwellig erreichbare und vor allem externe Anlaufstellen und Hilfsangebote. Die internen Anlaufstellen des Innenministeriums allein reichen nicht aus, da sie sich innerhalb des hierarchischen Geflechts der Landespolizei befinden. Eine Kooperation von GdP und Bürgerbeauftragter soll nun schnell und unbürokratisch Abhilfe schaffen.

„An die Einrichtung der Bürgerbeauftragten, die auch für die Polizeibeschäftigten zuständig ist, können sich alle Beschäftigten der Landespolizei jederzeit vertraulich wenden, ohne den Dienstweg einhalten zu müssen“, erläutert Gundram Lottmann, Landesvorsitzender der GdP Baden-Württemberg. „Diese externe Anlaufstelle mit gesetzlich gewährleisteter Vertraulichkeit möchten wir im Rahmen unserer Kooperation bei unseren Beschäftigten besser bekannt machen und stärker in den Fokus rücken. Jede und jeder Betroffene soll ermutigt werden, sich an die Bürgerbeauftragte oder an die Gewerkschaft der Polizei zu wenden. Dies gilt ausdrücklich für alle Polizeibeschäftigten, nicht nur für die Mitglieder unserer Gewerkschaft. Anfragen werden durch eine Rechtsanwältin der GdP entgegengenommen, die nicht der Legalitätspflicht unterliegt.“

„Der Vorteil unserer Zusammenarbeit liegt darin, dass wir als unabhängige und weisungsungebundene Stelle uns auf die langjährige Erfahrung der GdP stützen können. Dieses Verfahren sichert den Betroffenen absolute Vertraulichkeit zu“, ergänzt Beate Böhlen, Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg.

„Betroffene können sich direkt an mich und mein Team oder an die GdP wenden und werden von uns die bestmögliche Unterstützung erhalten. Jede und jeder Betroffene kann dabei selbst entscheiden, welche weiteren Schritte in ihrer oder in seiner Sache eingeleitet werden.“

Die Einrichtung der Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg hat die Aufgabe, die Stellung der Bürgerinnen und Bürger im Verkehr mit den Behörden des Landes zu stärken. Sie hat zudem die Aufgabe, das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Polizei zu stärken und ist in diesem Rahmen Ansprechpartnerin für die Belange aller Polizeibeschäftigten in Baden-Württemberg.



Beate Böhlen
Bürgerbeauftragte Baden-Württemberg



Gundram Lottmann
GdP-Landesvorsitzender



Gewerkschaft der Polizei und Bürgerbeauftragte des Landes Baden-Württemberg sind Anlaufstelle für Betroffene von sexueller Gewalt innerhalb der Polizei

Die Gewerkschaft der Polizei bietet gemeinsam mit der Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg ein niederschwellig erreichbares Hilfsangebot an. Das Angebot der Gewerkschaft der Polizei richtet sich ausdrücklich an alle Beschäftigten der Polizei, auch wenn sie nicht Mitglied der GdP sind. Das Büro der Bürgerbeauftragten betreibt die Anlaufstelle bereits seit mehreren Jahren.

Ab sofort steht eine weitere externe Anlaufstelle zur Verfügung, die nicht der Strafverfolgungspflicht unterliegt. Dabei arbeiten das Büro der Bürgerbeauftragten Baden-Württemberg und die Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg eng zusammen.

Betroffene oder ratsuchende Polizeibeschäftigte können die Anlaufstellen direkt kontaktieren:

Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg
erstkontakt@gdp-bw.de
Telefon 07042 879-204

Büro der Bürgerbeauftragten Baden-Württemberg
post@buergerbeauftragte.bwl.de
Telefon: 0711 13776530

Es ist uns ein Anliegen, die Beschäftigten der Polizei in Baden-Württemberg, die sich mit sexueller Gewalt oder sexueller Belästigung konfrontiert sehen, nicht alleine zu lassen.

Erste Informationen gibt die zum Auftakt veröffentlichte Pressemeldung im Anhang.
Weitere Informationen folgen in Kürze.

Die bereits bekannte Meldestelle beim IM-LPP steht den Betroffenen ebenfalls zur Verfügung, ist aber nicht Bestandteil der Kooperation zwischen Gewerkschaft der Polizei und Bürgerbeauftragter.

Herzlichst, Euer

Gundram Lottmann
Landesvorsitzender

Einstiegsamt künftig in A8

Innenminister Thomas Strobl (CDU) hält sein Versprechen



Gundram Lottmann und Innenminister Thomas Strobl

Seit dem 01.01.2022 ist das Eingangsamt A7 des mittleren PVD (Polizeimeister/-in, Bes.-Gruppe A7) abgeschafft. Seit der letzten Legislaturperiode hat das Innenministerium Baden-Württemberg das Ziel verfolgt, A 8 zum Eingangsamt im mittleren Polizei-vollzugsdienst zu machen. Zum Jahresbeginn 2022 ist dieses im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel nun vollständig erreicht.

Auszug aus der Pressemeldung des Innenministerium Baden-Württemberg: [...] „Die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag ist umgesetzt. Die ohnehin hohe Attraktivität des Polizeiberufs wird damit weiter gesteigert und wir bleiben auch im Vergleich mit Arbeitgebern der freien Wirtschaft für junge Leute attraktiv und

interessant“, so Innenminister Thomas Strobl: „Ich bin dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber äußerst dankbar, dass er Ende Dezember die zuletzt noch erforderlichen 228 Stellenhebungen in die Besoldungsgruppe A8-Polizeiobermeisterin bzw. Polizeiobermeister bewilligt hat.“ Das Land Baden-Württemberg investiert dazu jährlich rund eine Dreiviertelmillion Euro zusätzlich in die Sicherheit der Menschen im Land. [...]. Mit den im Staatshaushalt 2022 vollzogenen letzten Hebungen nach A 8 ist ein langjähriges, sich über mehrere Haushalte erstreckendes Projekt erfolgreich abgeschlossen worden. Das hat Herr Minister auch jüngst im Gespräch mit der GdP zum Ausdruck gebracht. Dies hat damit keinen Bezug zu den möglichen künftigen Entwicklungen des Vier-Säulen.-Modelles.

Erhöhung der Erschwerniszulage (LOD) ein weiteres Ziel

Auf Einladung von Innenminister Strobl zu einem ersten Treffen und Kennenlernen, lud er Gundram Lottmann ins Ministerium ein. Die drei Stellvertreter, Diana Arnold, Thomas Mohr und Hans-Georg Gloiber, wurden per Online-Meeting dem Treffen zugeschaltet. Auch hier bekräftigte der Minister sein weiteres Vorhaben, die Erhöhung der Erschwerniszulage (LOD) auch weiterhin als Ziel zu erreichen. Bislang hatte der Haushaltsgesetzgeber die Erhöhung abgelehnt, wie auch zuvor auch das Eingangsamt A8. Darum ist Minister Strobl da guter Dinge und bekräftigt weiterhin „den politischen Willen“ die Erhöhung von LOD auch wieder in die Haushaltsberatungen 2023/2024 einzubringen.

Erfüllungsübernahme

Voraussetzung ist ein tätlicher Angriff, wodurch ein Polizeibeamter verletzt wurde. Somit liegt eine Schmerzensgeldforderung nach einer vorsätzlichen Körperverletzung zu seinem Nachteil zugrunde. Gemäß § 80a LBG wurde die Zuständigkeit für solche Fälle im Rahmen der Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen gegen Dritte auf die Polizeipräsidien übertragen. Für die Durchführung des Verfahrens ist die Verwaltung, Recht und Datenschutz zuständig. Für den Polizeibeamten hat dies den Vorteil, dass das Land Baden-Württemberg aus einem zentralen Titel die Schmerzensgeldforderung bezahlt, egal ob der Schuldner zahlungsfähig ist oder nicht und erst im zweiten Schritt das Geld beim Schuldner ein- treibt. Hier muss der Titel an die Landesoberkasse Baden-Württemberg abgetreten werden. Leider wird das bei den Präsidien unterschiedlich gehandhabt. Dem Minister gegenüber haben wir deshalb folgende Forderung aufgezeigt, da die vorliegenden Regelungen nur für den Beamtenbereich gelten und nicht sachgerecht sind.

Offene Forderungen der GdP

- Auf die Angemessenheitsprüfung der Schmerzensgeldhöhe ist zu verzichten.
- Ein juristisch erwirkter Titel ist in voller Höhe zu übernehmen.
- Verbale Angriffe auf die Persönlichkeitsrechte der Polizeibeschäftigten (Sexuelle Beleidigungen, Bedrohungen usw.) müssen in die Regelung des § 80a LBG aufgenommen werden.
- Bei Schuldunfähigkeit des Täters kein Schmerzensgeldanspruch: Nach § 827 BGB ist für den Schaden derjenige nicht verantwortlich, der im Zustand der Bewusstlosigkeit oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit einem anderen Schaden zufügt.
>>> Im Rahmen der Fürsorgepflicht muss hier eine Lösung gefunden werden!
- Forderung an den Kommunalen Arbeitgeberverband BW e. V.: Schaffung einer analogen tariflichen Regelung für den kommunalen Bereich (betrifft hauptsächlich den KOD und GVD)! Keine Unterscheidung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nach erster und zweiter Klasse!!! Fürsorgepflicht des Arbeitgebers nachkommen !!!

Einstellungskorridor beibehalten

Bei dem Treffen waren auch die Personalsituation und Weiterführung des Einstellungskorridors Thema. Die GdP unterstrich ihre Forderung von 6000 fehlenden Stellen im Polizeivollzug. Deshalb müssen in den nächsten Jahren weiterhin deutlich über 1000 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr in den Polizeidienst eingestellt werden.

Aus den Bezirksgruppen

Neuwahl bei der Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe Hochschule

Am 12.01.2022 fand die Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe Hochschule für Polizei der GdP im Rahmen einer Videokonferenz statt.

Wir, die JUNGE GRUPPE des Standortes Wertheim, waren auch mit dabei!

Wir durften uns, als Junge Gruppe, Lob abholen, das von vielen Seiten kam. Besonders Heinz Remke, Vorsitzender der Bezirksgruppe, sagte, wie wichtig es sei, dass sich junge Kolleginnen und Kollegen engagieren. Das motiviert uns natürlich umso mehr!

Wir haben uns mit angehört, was die Zukunft, unsere Zukunft, angeht. Was es zu tun gilt. Was wir bewirken können. Doch vor allem: Worauf wir uns vorbereiten können.

Bei einer offenen Fragerunde hatten wir die Möglichkeit, dem Landesvorsitzenden der GdP, Gundram Lottmann, Fragen zu stellen. Der Vorsitzende der Jungen Gruppe Wertheim, Jonas Witzgall, nutze dies, für die Frage, wie es mit einer Wohnungszulage für die Zeit im Praktikum aussieht. „Wohnungen für das Praktikum zu finden, ist meist nicht nur ein zeitliches Problem, zunehmend ansteigende Mietspiegel machen es den Azubis noch schwerer“, so Witzgall. Gundram Lottmann verstand die Problematik und schrieb es sich auf seine Agenda. Auch seitens des Vorsitzenden der Bezirksgruppe, gab es nochmals ein Lob. „Von dieser Aussprache lebt unsere Gewerkschaft, dieser Einsatz für unsere Mitglieder ist wichtig“, so Heinz Remke.

Wir bedanken uns, für diese tolle Möglichkeit, wieder einmal dazu beitragen zu können, die Interessen unserer jungen Kolleginnen und Kollegen vertreten zu können.

Mit dem Ziel vor Augen den Polizeiberuf angenehmer für uns alle zu machen, werden wir auch weiterhin am Ball bleiben und uns dort einsetzen, wo wir helfen können!

Eure Junge Gruppe Wertheim

Als Vertreter der BG Hochschule wurden einstimmig gewählt:

Vorsitzender: **Heinz Remke**

StV Vorsitzender: **Christoph Binder**

Schriftführer: **Frank Amelung**

Kassierer: **Hermann Liebl**

Kassenprüfer: **Roland Besenfelder und Rainer Moser**

Beisitzerin für Frauen: **Stefanie Sauter**

Beisitzer für Junge Gruppe: **Jonas Witzgall**

Beisitzer Biberach: **Jens Klausner**

Beisitzer Wertheim: **Markus Glock**

Beisitzer Herrenberg: **Dieter Knaus**

Beisitzerin Böblingen: **Karin Pfeil**



Heinz Remke
Bezirksgruppenvorsitzender

Bundesseniorenkonferenz 2022

Landesseniorenvorsitzender Werner Fischer kandidiert erneut für Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand



Die Alle vier Jahre findet die Bundesseniorenkonferenz der GdP-Seniorengruppe (Bund) statt: 2022 wird dies am 1. Februar sein. Vorgesehen war sie zweitägig in Potsdam; Corona verhindert es aber und sie findet nun als Video-Schaltkonferenz statt. Unter dem Motto „Einmischen – Einbringen – Einfordern: Erfahrung gestattet Zukunft“ werden 111 Delegierte aus den Landesbezirken und den Bezirken BKA und Bundespolizei über 40 Anträge aus vielen unterschiedlichen Bereichen, wie altersgerechte Digitalisierungsangebote, Versorgungs- und Rentenfragen und auch eine „Wende“ in der Verkehrspolitik, beraten und einen neuen fünfköpfigen Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand (GBSV) wählen. Der über zwei Wahlperioden amtierende Vorsitzende Winfried Wahlig von der Bezirksgruppe BKA

wird sich nicht mehr zur Wahl stellen. Die GdP Baden-Württemberg wird mit sieben Delegierten an der Konferenz teilnehmen. In einer Video-Konferenz haben sie sich vorbereitet. Unser Landesseniorenvorsitzender Werner Fischer wird sich nach ebenfalls zwei Wahlperioden noch einmal zur Wahl stellen; dieses Mal als Schriftführer. (hwf)

GdP vor Ort:

Gespräche mit der Politik – Regierungsfraktion der CDU

Auf Einladung von MdL **Christian Gehring**, dem Polizeisprecher der CDU Baden-Württemberg, fand am 25.01.2022, ein Gespräch mit der GdP statt. Aktuelle Themen rund um die Polizei in Baden-Württemberg waren u.a.

- die Fortführung eines kontinuierlichen Einstellungskorridor
- Polizeidichte erheblich steigern
- Erhöhung der Erschwerniszulagen für z.B. Nachtdienste
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Digitalisierung bei der Polizei auf Stand der Technik
- Technische Ausstattung weiter ausbauen
- Belastung der Polizei durch "Querdenker-Demos"



V.l.: Thomas Mohr, Diana Arnold, Christian Gehring, Gundram Lottmann und Markus Glock



Gundram Lottmann (links) und Isabell Huber (rechts)

Unser Landesvorsitzender Gundram Lottmann traf sich am 01.02.2022 mit der Generalsekretärin **Isabell Huber** von der CDU zu einem ersten Gespräch.

Dabei ging es um unsere großen Themen wie den Einstellungskorridor bei der Polizei, die längst überfällige Erhöhung der Erschwerniszulage (Lageorientierter Dienst LOD) für Polizistinnen und Polizisten, Steigerung der Polizeidichte, u.v.m. Die GdP will mit Isabell Huber weiterhin im Gespräch bleiben um zielführende Verbesserungen für Beschäftigten der Polizei Baden-Württemberg zu erreichen.

Social Media



“

JUNGE GRUPPE
Gewerkschaft der Polizei

Es ist wichtig den Polizeinachwuchs in Zukunftsprozesse mit einzubinden. Das macht die GdP möglich! Darum bin ich stolz Mitglied in der GdP zu sein.

”

Jonas Witzgall
Vorsitzender JUNGE GRUPPE (HfPol Wertheim)

Herzlich Glückwunsch allen Anwärter/innen zur bestandenen Prüfung.

Wir können Verstärkung gebrauchen!

Wir freuen uns auf euch.

Gewerkschaft der Polizei (GdP) Baden-Württemberg

Angriffe auf Einsatzkräfte:
„Wieder 13 Polizisten bei Corona-Demo in Mannheim verletzt!“

Pressemitteilung

Gewerkschaft der Polizei (GdP) Baden-Württemberg

„Wer Polizisten angreift muss auch die Konsequenzen des Rechtsstaats spüren und zwar unmittelbar nach der Tat.“

Gundram Lottmann
GdP Landesvorsitzender zu den Verurteilungen in Mannheim

Pressemitteilung

Gewerkschaft der Polizei (GdP) Baden-Württemberg

AMOKLAUF in Uni-Lehrsaal:
„Polizei schnell am Tatort. Dennoch ein trauriger Tag für Heidelberg!“

Pressemitteilung

Gewerkschaft der Polizei (GdP) Baden-Württemberg

Polizei bittet um Mithilfe:
Wer kann Hinweise geben?
Telefon: 0631-369 2528

GdP trauert um getötete Polizisten

Gewerkschaft der Polizei (GdP) Baden-Württemberg

Tatverdächtige Personen festgenommen:
Danke für die zahlreichen Hinweise!

Fahndung wurde eingestellt

Landesbezirk Baden-Württemberg

#zweivonuns

WIR GEDENKEN IN STILLE.

Freitag, 4. Februar, 10 Uhr

Sicherheit

Survivor R wird neuer Sonderwagen fünf

Von Marco Feldmann (Behörden Spiegel)



Rheinmetall hat mit dem Survivor R (Foto) den Zuschlag für den neuen Sonderwagen fünf erhalten. (Foto: BS/Rheinmetall)

Rheinmetall stattet die Bundespolizei und die Bereitschaftspolizeien der Länder mit neuem Einsatzfahrzeug aus. Das Unternehmen hat vom Beschaffungssamt des Bundesinnenministeriums (BeschA) den Zuschlag für die neuen Sonderwagen fünf erhalten. Zum Einsatz kommen werden Fahrzeuge vom Typ Survivor R.

Der Auftrag umfasst eine feste Liefermenge von 55 Fahrzeugen in den Varianten für die Bundespolizei sowie für die Bereitschaftspolizeien der Länder. Das Auftragsvolumen beläuft sich auf mindestens eine zweistellige Millionensumme, kann sich aufgrund vereinbarter Optionen für weitere Fahrzeuge sogar noch auf einen dreistelligen Millionenbetrag erhöhen. In einem ersten Schritt ist noch für dieses Jahr die Lieferung von zwei Musterfahrzeugen geplant, mit denen umfangreiche Erprobungen einschließlich einer vollständigen Schutzzertifizierung durchgeführt werden. Die Auslieferung der Serienfahrzeuge beginnt voraussichtlich im kommenden Jahr und soll 2026 abgeschlossen sein. Während der anschließenden Nutzungsphase von bis zu 30 Jahren übernimmt Rheinmetall auch einen in Drei-Jahres-Schritten verlängerbaren Rahmenvertrag für die Wartung und Instandhaltung sowie die logistische Betreuung der Fahrzeuge an den Standorten der Bundespolizei und der Bereitschaftspolizeien der Länder.

Entwickelt wurde der Survivor R in Kooperation mit dem Spezialfahrzeugbauer Achleitner, der bei dem Großvorhaben als Unterauftragnehmer fungiert. Die Endmontage und Übergabe der Serienfahrzeuge erfolgt bei der Rheinmetall Landsysteme GmbH in Kassel. Der Survivor R basiert auf einem 4x4 Lkw-Fahrgestell von MAN.

Kooperation mit der GdP BW

Pimp my Donut – Plochingen

NEWS aus der Abteilung Service und Events! Wir haben eine neue, leckere Kooperation ins Leben gerufen, die durch Mitglieder und den Inhaber von „Pimp my Donut“ in Plochingen in der Esslinger Straße 10 verwirklicht wurde. Schaut gerne vorbei! Alle Mitglieder bekommen 10% auf das ganze Sortiment! Lasst es euch schmecken und empfiehlt es auch gerne weiter!

Kooperation mit Gewerkschaft der Polizei BW
Gültig nur mit Vorzeigen des GdP-Mitgliedausweises

PIMP MY DONUT 

10% auf das komplette Sortiment

+49 7153 406 10 68
Esslingerstr. 10 • 73207 Plochingen

follow us on  **pimpmydonut_plochingen**

1952 – 2022



70 Jahre

Gewerkschaft der Polizei

Baden-Württemberg